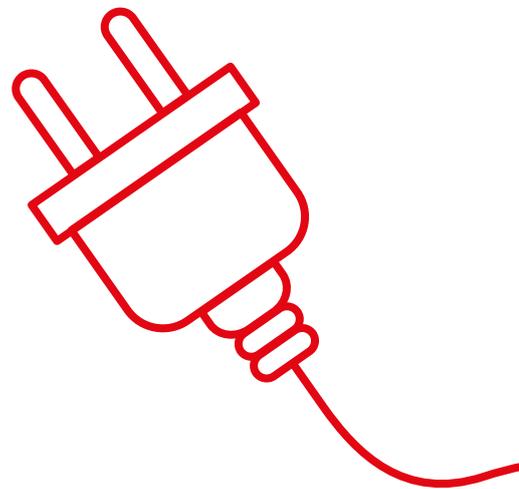
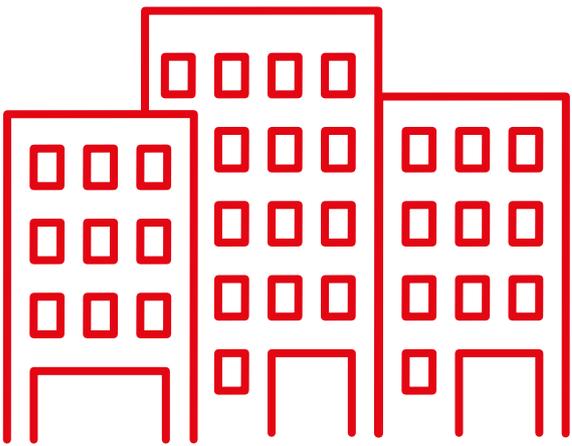




# **Das Bundestagswahl- Programm 2025 in einfacher Sprache**



*Am 23. Februar  
Die Linke wählen!*

**Die Linke**

## **Du verdienst mehr**

Die letzten Jahre waren hart. Jedenfalls für die meisten Menschen. Lebensmittel, Miete, Gas und Strom: Alles ist teurer geworden. Immer mehr Menschen müssen sich deshalb im Winter entscheiden: Wollen sie ein warmes Essen oder eine warme Wohnung? Für beides ist oft nicht mehr genug Geld übrig.

Anderen Menschen geht es zwar etwas besser – Aber auch sie spüren, wie die Preise steigen. Für viele ist es inzwischen unmöglich geworden, im Sommer in den Urlaub zu fahren.

Das alles zeigt: Die Menschen haben viele Sorgen in ihrem Alltag. Aber die Parteien in der Ampel-Regierung haben sich nicht darum gekümmert. Sie haben lieber drei Jahre lang gestritten. Die Ampel-Regierung war die Regierung aus den drei Parteien SPD, Die Grünen und FDP.

Bald muss Deutschland eine neue Regierung wählen. Dadurch könnte es noch schlimmer werden: Wenn Friedrich Merz von der CDU der neue Bundeskanzler wird, dann will er zum Beispiel weniger Geld für Sozialleistungen geben – so wenig wie seit mehr als 70 Jahren nicht mehr. Zu den Sozialleistungen gehören zum Beispiel das Arbeitslosen-Geld, das Bürgergeld und die Sozial-Hilfe. Die CDU und CSU wollen den Sozialstaat komplett abschaffen, die FDP und die AfD wollen das sowieso.

Die SPD und Die Grünen verhandeln jetzt schon mit der CDU, wie sie nach der Wahl vielleicht zusammen-arbeiten können. Manche Menschen glauben vielleicht, dass diese Parteien gute Kompromisse mit der CDU machen werden. Aber SPD und Die Grünen konnten sich nicht gegen Christian Lindner und die FDP durchsetzen – Oder sie wollten es nicht. Gegen Friedrich Merz von der CDU schaffen sie das erst recht nicht.

Doch es gibt einen anderen Weg: Eine Gegenpartei, die sich immer wieder laut für Veränderungen einsetzt. Das haben wir beim Mindestlohn schon geschafft, und das werden wir jetzt wieder tun.

Wir wollen zum Beispiel die Mehrwert-Steuer für Grund-Nahrungsmittel abschaffen, also zum Beispiel für Brot, Gemüse, Fleisch, Milch und Eier. Sie würden dann weniger kosten. Damit könnten wir besonders den ärmsten Menschen in Deutschland helfen. Und auch alle anderen Menschen müssten dann beim Einkaufen nicht mehr so viel bezahlen.

Wir wollen auch in ganz Deutschland den sogenannten Mietendeckel einführen.

Der Mietendeckel sind Regeln, die dafür sorgen sollen, dass die Mieten nicht unbegrenzt erhöht werden können. Die Miete für Wohnungen würden dann nicht immer teurer werden. So könnten wir dafür sorgen, dass alle Wohnungen bezahlbar bleiben.

Wir sollten den Reichtum in Deutschland teilen – Reiche Menschen sollten zum Beispiel mehr Steuern zahlen. So hätte die Regierung endlich genug Geld, um es in die Zukunft von Deutschland zu stecken: Die Betriebe und Arbeitsplätze von morgen.

Es gibt viele kluge Ideen, wie der Alltag wieder bezahlbar werden kann. Einige davon haben wir hier zusammengestellt.

## **Damit die Miete nicht zu viel kostet**

In vielen Städten gibt es immer weniger bezahlbare Wohnungen: Die Mieten sind in den letzten 10 Jahren doppelt so teuer geworden. Doch auch auf dem Land gibt es viele Orte, wo die Mietpreise steigen. Nur mit viel Glück findet man noch eine Wohnung, die man sich leisten kann.

Es gibt außerdem zu wenige Wohnungen in Deutschland. Deshalb hatte die Ampel-Regierung bestimmte Ziele festgelegt: In jedem Jahr sollte in Deutschland eine bestimmte Anzahl von neuen Wohnungen gebaut werden. Diese Ziele wurden aber nicht erreicht. Der Grund dafür: Die Ampel-Regierung hat darauf vertraut, dass private Investoren viele Wohnungen bauen. Private Investoren sind z.B. Menschen oder Firmen, die Geld für den Wohnungsbau geben. Aber die privaten Investoren haben nur wenig Interesse daran, dass es mehr Wohnungen gibt. Sie verdienen viel Geld wegen dem Wohnungs-Mangel.

Das funktioniert so: Wenn es nur wenige Wohnungen gibt, dann wollen viele Menschen gleichzeitig eine bestimmte Wohnung bekommen. Am Ende gewinnen dann die Menschen, die am meisten Geld dafür bezahlen.

Die Linke will, dass der Staat sich selbst um mehr günstige Wohnungen kümmert.

Wir wollen, dass es in ganz Deutschland einen Mieten-Deckel gibt: Die Regel soll sein, dass die Mieten für sechs Jahre nicht teurer werden dürfen. Und auch danach soll es Obergrenzen für Miet-Erhöhungen geben. Das bedeutet: Die Mieten dürfen nicht so schnell teurer werden.

In manchen Städten ist der Wohnungs-Mangel besonders schlimm. Dort müssen die Mieten sofort günstiger werden.

Viele Wohnungen müssen neu gemacht werden. Und viele Wohnhäuser müssen neue Heizungen bekommen. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Menschen mehr Geld für die Nebenkosten bezahlen müssen.

Es sollen mehr Wohnungen gebaut werden, die dem Staat gehören. Und es soll auch mehr Genossenschafts-Wohnungen geben. Eine Wohnungs-Genossenschaft ist eine besondere Organisation, die viele Wohnungen besitzt. Nur Mitglieder von der Organisation bekommen diese Wohnungen.

Jeder Mensch kann Mitglied bei so einer Wohnungs-Genossenschaft werden. Das Ziel von der Organisation ist, möglichst gute Wohnungen für möglichst viele Menschen zu bauen. Es geht nicht darum, möglichst viel Geld zu verdienen.

## **Damit alle Menschen noch ihren Einkauf bezahlen können**

Immer mehr Menschen haben Probleme, ihren Wochen-Einkauf oder die Gasrechnung zu bezahlen. Denn in der Regierungs-Zeit von Olaf Scholz sind zum Beispiel Lebensmittel sehr viel teurer geworden. Viele Menschen haben am Ende vom Monat kein Geld mehr für Lebensmittel übrig. Und sie haben Angst davor, dass die nächste Heizungs-Rechnung zu teuer wird.

Energie-Versorger, Supermärkte und Lebensmittel-Firmen haben in den letzten Jahren immer mehr Geld verdient, weil sie ihre Preise erhöht haben. So ist es zum Beispiel bei Dieter Schwarz, dem Besitzer von Lidl: Er hat jetzt fast doppelt so viel Geld wie noch vor sieben Jahren.

Das alles muss aber nicht sein! Die Linke will etwas gegen diese Probleme tun:

Wir wollen die Mehrwert-Steuer für verschiedene Sachen abschaffen. Das sind zum Beispiel Grund-Nahrungsmittel, Hygiene-Produkte und Fahrkarten für Busse und Bahnen. Diese Dinge gehören zu den Grund-Bedürfnissen von allen Menschen. Der Staat muss damit kein Geld verdienen.

Wir fordern Preiskontrollen: Der Staat soll die Preise für Strom, Gas und Lebensmittel überwachen. Außerdem wollen wir, dass die Gesetze des Kartellrechts strenger werden. Das Kartellrecht schützt den Wettbewerb der einzelnen Firmen. Das bedeutet z.B., Firmen dürfen sich bei den Preisen untereinander nicht absprechen.

Viele Supermärkte werfen jeden Tag Lebensmittel weg, anstatt sie für weniger Geld anzubieten. Diese Lebensmittel-Verschwendung muss verboten werden.

Für Strom und Heizung soll es einen günstigen Preis geben – den sogenannten Sockel-Tarif. Dieser Preis wird auf eine besondere Art und Weise berechnet.

## **Ein gerechtes Steuersystem, in dem die meisten Menschen nicht mehr so viel bezahlen müssen**

Wir wollen die Einkommen-Steuer neu berechnen. Ein Beispiel: Ein Mensch lebt allein und ist in der Steuerklasse 1. Wenn dieser Mensch im Monat weniger als 7.000 Euro brutto verdient, dann soll er weniger Steuern zahlen.

Jeder Mensch braucht im Jahr mindestens 16.800 Euro. Das ist das sogenannte Existenz-Minimum. Für diese 16.800 Euro soll kein Mensch Steuern bezahlen.

Der Spitzen-Steuersatz soll höher werden. Das heißt: Wer sehr viel Geld verdient, soll auch mehr Steuern bezahlen. Sehr reiche Menschen sollen eine hohe Reichen-Steuer bezahlen.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass es wieder eine Vermögen-Steuer für Millionäre und Milliardäre gibt. Das heißt: Wer sehr viel Geld hat, muss etwas davon an den Staat abgeben.

## **Eine Renten- und Krankenversicherung für alle**

Wir wollen eine Kranken- und Pflegeversicherung, in die alle Menschen einzahlen.

Dann sinken die Beiträge für alle Menschen zum Beispiel von 17,1 Prozent auf 13,3 Prozent. Das heißt, die Menschen müssen weniger Beiträge bezahlen.

Wir wollen, dass nicht noch mehr Krankenhäuser zugemacht werden.

Und die Krankenhäuser dürfen mit der Behandlung von kranken Menschen keine Gewinne machen. Deshalb gehören die Krankenhäuser in die öffentliche Hand. Das bedeutet: Sie sollen den Städten, Gemeinden und Kommunen gehören.

In vielen Berufen können die Menschen nicht so lange arbeiten, weil die Arbeit körperlich sehr schwer ist. Oder weil sie sehr viel Stress bedeutet. Deshalb sagen wir: Wer 40 Jahre lang gearbeitet hat, der kann in Rente gehen.

## **Wir sind für Frieden in der Welt, Diplomatie und Abrüstung**

Wir machen uns für Diplomatie und friedliche Lösungen von Problemen in der ganzen Welt stark. Diplomatie bedeutet: Wir reden mit wichtigen Politikern in aller Welt und überlegen dabei genau, was wir sagen wollen.

Wir sind gegen Angriffskriege, die gegen das Völkerrecht verstoßen. Zum Beispiel wie der russische Überfall auf die Ukraine.

Wir machen uns für einen Waffenstillstand und einen gerechten Frieden stark.

Zum Beispiel in der Ukraine, im Nahen Osten und in allen Krisengebieten auf der ganzen Welt.

Wir wollen nicht noch mehr Geld für noch mehr Waffen ausgeben. Die Bundeswehr wollen wir zu einer Verteidigungsarmee umbauen. Das bedeutet: Die Bundeswehr soll die Menschen in Deutschland in einem Krieg schützen können.

## **Gute Arbeit und soziale Sicherheit in allen Lebenslagen**

Soziale Sicherheit bedeutet: Den Menschen soll es gut gehen, auch wenn sie Probleme haben. Zum Beispiel, wenn sie keine Arbeit haben, wenn sie krank sind oder wenn sie in Rente gehen.

Deshalb wollen wir einen Mindestlohn von mindestens 15 Euro in der Stunde.

Die Menschen sollen eine Mindest-Sicherung bekommen. Das ist ein Geldbetrag, von dem sie leben können. Diese Mindest-Sicherung muss sanktionsfrei sein. Das bedeutet: Die Menschen bekommen den Geldbetrag auch, wenn sie sich nicht an alle Regeln für die Mindest-Sicherung halten.

Außerdem soll es eine Mindestrente von 1.400 Euro im Monat für alle Rentner geben.

So können die Menschen auch im Alter noch gut leben. Kein Mensch darf zu wenig Geld zum Leben haben.

Wir fordern kostenlose Mittagessen in Kindergärten und Schulen. Kein Kind soll hungrig lernen müssen. Die Betreuung in den Kindergärten muss kostenlos sein.

Das soll ab dem ersten Kindergartenjahr so sein.

## **Klimaschutz geht nur sozial**

Das bedeutet: Der Klimaschutz muss für alle Menschen bezahlbar sein. Deshalb lehnen wir den unsozialen CO<sub>2</sub>-Preis für das Tanken und Heizen ab. Wir fordern, dass alle Menschen Unterstützung bekommen können. Zum Beispiel, wenn sie ihre Heizung umbauen müssen.

Die Industrie soll Geld für neue Investitionen bekommen, damit es den Unternehmen wieder besser geht. Wir wollen Mitarbeiter dabei unterstützen, wenn sie ihren eigenen Betrieb übernehmen und genossenschaftlich weiterführen wollen. Das bedeutet: Die Mitarbeiter bestimmen gemeinsam, wie sie den Betrieb weiterführen wollen. Dazu gehört, wie der Betrieb in Zukunft arbeiten soll und wie er Gewinne machen soll.

Für den Klimaschutz sollen die größten Klimasünder bezahlen. Zum Beispiel reiche Menschen und große Unternehmen.

## **Wir sind für eine tolerante Gesellschaft ohne Hass und Rassismus**

Wir lehnen es ab, Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Und wir wollen auch nicht, dass über geflüchtete Menschen gesagt wird, dass sie an vielen sozialen Problemen in Deutschland schuld sind. Geflüchtete Menschen brauchen sehr schnell eine Arbeitserlaubnis, damit sie in Deutschland arbeiten können. Und wir finden es richtig, dass es in Deutschland ein Recht auf Asyl gibt.

Wir wollen uns gegen Gewalt an Frauen stark machen. Und der Rechts-Anspruch auf einen Platz in einem Frauenhaus muss sofort umgesetzt werden.

Für uns ist das wichtig: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Und wir machen uns gegen Diskriminierung und Ausgrenzung stark.

**Deshalb wählen Sie am 23. Februar DIE LINKE**



Das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025 in einfacher Sprache hat leicht ist klar – Büro für Leichte Sprache geschrieben, Kassel, [www.leicht-ist-klar.de](http://www.leicht-ist-klar.de)

Die Linke Bundesgeschäftsstelle, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
[kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de); V. i. S. d. P. Janis Ehling